

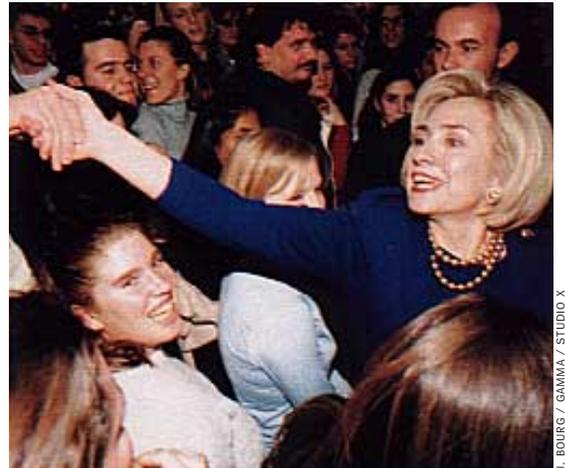


erschweren. Die Amerikaner sind nach dem Skandal um die angeblich von Pekinger Agenten entwendeten Atom-Geheimnisse mißtrauisch geworden und fürchten, daß Chinas Armee über Hongkong Militärtechnologie bezieht.

USA Störenfried Hillary

Die politischen Pläne von Hillary Clinton mobilisieren nicht nur ihre Gegner, sondern beschäftigen auch Rechtsanwälte: Bewirbt sich die amerikanische First Lady um den frei werdenden Senatorenposten im Bundesstaat New York, droht ein Interessenkonflikt zwischen ihrer politischen Karriere und den offiziellen Aufgaben im Weißen Haus. Zwar kann Frau Clinton ihr Prestige als Präsidentengattin für die Kampagne nutzen, sie würde auch als Wahlkämpferin von Leibwächtern des Secret Service geschützt. Juristisch umstritten ist aber die Benutzung von Hubschraubern, Flugzeugen und gepanzerten Limousinen. Auch müßte die First Lady private Spenden für ihre Kandidatur sammeln. Aus diesem Grund kritisieren sogar demokratische Parteifreunde die Polit-Ambitionen von Hillary Clinton.

Denn wenn sie antritt, fällt sie weitgehend als fleißige Geldsammlerin für die Demokraten aus. Das träfe vor allem Vizepräsident Al Gore: Der konnte für seinen Präsidentschaftswahlkampf im ersten Halbjahr 1999 bislang nur 18,5 Millionen Dollar einheimsen, der Republikaner George W. Bush, Gouverneur von Texas, brachte es im selben Zeitraum auf das Doppelte.

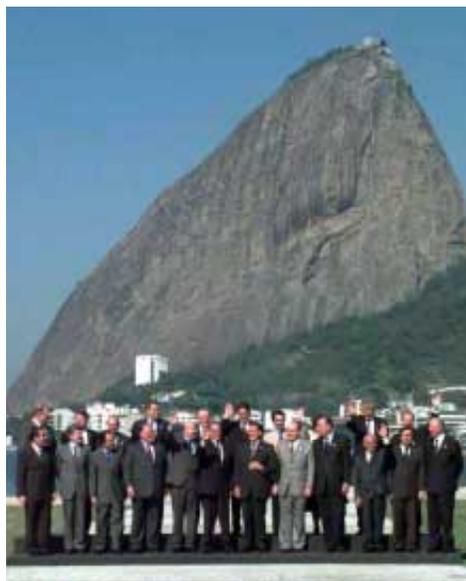


Hillary Clinton

LATEINAMERIKA

Absagen für Havanna

Wird der linke Diktator Fidel Castro dafür büßen, daß sich der rechte Ex-Diktator Augusto Pinochet vor Gericht verantworten muß? Der chilenische Präsident Eduardo Frei drohte vorige Woche in Gesprächen mit dem spanischen Regierungschef José María Aznar am Rande der Rio-Konferenz, er werde nicht zum Iberoamerikanischen Gipfeltreffen im November nach Kuba reisen. Grund für das diplomatische Zerwürfnis ist der Auslieferungsprozeß um Pinochet, der auf Veranlassung des spanischen Untersuchungsrichters Baltasar Garzón seit Oktober in London festgehalten wird. Ende August soll der Richter seine Anklageschrift vorlegen. Sie führt 108 Folterfälle an. Am 27. September beginnt in London die Anhörung über die Auslieferung. Frei verlangt von Spanien, die Klage einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Außerdem solle die britische Regierung den greisen Angeklagten „aus gesundheitlichen Gründen“ nach Chile zurückkehren lassen. Frei fand Unterstützung bei seinem Kollegen Carlos Menem aus Argentinien. Denn der spanische Richter ermittelt auch gegen die ehemalige argentinische Junta. Die Nicaraguaner wollen das Treffen in Havanna ebenfalls boykottieren – weil Castro keine demokratischen Wahlen zuläßt.



Gipfeltreffen in Rio de Janeiro

ALGERIEN

Bruderkrieg der Islamisten

Unter Algeriens Islamisten ist ein mörderischer Machtkampf ausgebrochen. Die Islamische Heilsfront (FIS) verfolgt die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA), mit der sie früher gemeinsam gegen die Regierung gestritten hatte: Der GIA wurde 1989 gegründet und nahm 1992 den bewaffneten Widerstand gegen den algerischen Staat auf, nachdem das Militär die Parlamentswahlen abgebrochen hatte, weil sich ein Sieg des FIS abzeichnete. Ursache für die Fehde unter den einstigen Verbündeten: Nach der Ankündigung einer Generalamnestie durch den neuen Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika Mitte Juni hat der FIS den Krieg gegen die Regierungstruppen eingestellt. Der GIA dagegen kritisiert die Entscheidung des FIS, die Waffen niederzulegen, und kündigt Anschläge in Algerien und im Ausland an. Nun jagen im Guerillakrieg erfahrene Sondereinheiten des FIS die ehemaligen Kampfgenossen, deren Schlupfwinkel sie oft noch aus der Zeit des gemeinsamen Kampfes kennen. Zum Dank rechnen die noch inhaftierten Politikader der Heilsfront mit ihrer baldigen Freilassung. Sie haben ihre Bereitschaft erklärt, mit dem Staat zusammenzuarbeiten und sich jeglicher Gewaltaktionen gegen Andersdenkende zu enthalten, solange eine von der Regierung in Aussicht gestellte Vorbereitungsphase für politische Reformen anhält.